

Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

CDU-Fraktion

Nr.: **A 19/0788-01**

Status: öffentlich

Datum: 26.09.2019

Entwicklung der Solidarpakt-Beitragszahlungen (Fonds Deutsche Einheit) 1992-2019

Antrag der CDU-Fraktion

Beratungsfolge

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	07.10.2019	Finanzausschuss

Beschlussvorschlag:

Die CDU-Fraktion beantragt:

Die Verwaltung wird gebeten, die zum Finanzausschuss am 20.09.2017 vorgelegte Übersicht über die Solidarpakt I+II-Beitragszahlungen der Stadt Mülheim an der Ruhr zum Aufbau Ost zu aktualisieren und in der Berichterstattung zu erläutern, warum ab dem Haushalt 2020 eine Null in der Etat-Planung vorgesehen ist.

Sachverhalt:

In früheren Etat-Diskussionen spielte die „Gerechtigkeitsfrage“ der kreditfinanzierten Solidarpakt I+II-Beitragszahlungen (mit insgesamt über 180 Mio. € seit ihrer Einführung 1992) auch der finanziell notleidenden Stadt Mülheim an der Ruhr eine große Rolle. Erfreut kann jetzt festgestellt werden, dass im Etat 2020-Entwurf im Unterschied zu den bisherigen Etat-Ansätzen bei den Transferaufwendungen „Zentrale Veranschlagung, Allg. Finanzwirtschaft, Steuern, allg. Zuweisungen und Umlagen“ (S. 977 - Ergebnis 2018 4,825 Mio. €, HH-Ansatz 2019 5,8 Mio €) ab 2020 eine schwarze Null vorgesehen ist. Diese absehbar positive Entwicklung für den städtischen Etat verdient eine gesonderte Betrachtung im Finanzausschuss und in der öffentlichen Diskussion, auf der Basis einer aktualisierten Zusammenstellung vom September 2017.

Christina Küsters
Fraktionsvorsitzende

Heinz Borchardt
Ausschussprecher